

Zeitschrift: Mitteilungen der Naturforschenden Gesellschaft in Bern
Herausgeber: Naturforschende Gesellschaft in Bern
Band: 47 (1990)

Artikel: Die französische Berggebietspolitik und die aktuellen Probleme in den französischen Alpen
Autor: Huet, Philippe
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-318551>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

PHILIPPE HUET*

Die französische Berggebietspolitik und die aktuellen Probleme in den französischen Alpen

Frankreich ist kein Gebirgsland. Seine Bergmassive – so berühmt sie auch seien – umfassen nur ein Fünftel des nationalen Territoriums. Die französische Bergbevölkerung musste lange und zäh dafür kämpfen, damit ihre besonderen Probleme auf der nationalen Ebene überhaupt wahrgenommen wurden; allerdings hat es dabei dann einige fühlbare – und manchmal sogar spektakuläre – Ergebnisse gegeben. Aber heute besteht die Gefahr, dass die – für das Berggebiet charakteristische – enge Verbindung von naturräumlichen, ökonomischen und institutionellen Faktoren die Umsetzung bestimmter Problemlösungsstrategien verzögert oder sogar verunmöglicht, was eventuell dazu führen kann, dass grundsätzliche Veränderungen in der Berggebietspolitik – und zwar auf gesamteuropäischer Ebene – erforderlich werden.

1. Das französische Berggebiet und die staatliche Berggebietspolitik

Das französische Berggebiet wird heute in sieben verschiedene Gebirgsregionen bzw. Gebirgs«massive» (franz. Ausdruck: «massif», wörtlich «Massiv», aber nicht als Bergmassiv im geomorphologischen Sinne, sondern als Bergregion im raumplanerischen Sinne zu verstehen) unterteilt, die zugleich Verwaltungseinheiten darstellen: Korsika (Corse), Pyrenäen (Pyrénées), Zentralmassiv (Massif Central), französische Nordalpen (Alpes du Nord), französische Südalpen (Alpes du Sud), französischer Jura (Jura) und Vogesen (Vosges). Sie bedecken zusammen 22% der Fläche Frankreichs, aber hier wohnen nur 7% der französischen Bevölkerung. Die französischen Alpen (also die «Massive» Alpes du Nord und Alpes du Sud) umfassen dabei etwa ein Viertel der Fläche und der Bevölkerung aller französischen Berggebiete, und ihre einzelnen Gebirgsgruppen bzw. alpinen Landschaften wie Mt-Blanc-Gruppe, Tarentaise, Maurienne, Oisan, Queyras oder Mercantour sind meist sehr bekannt.

Die Oberfläche der französischen Alpen ist zu einem Drittel unproduktiv, zu einem Drittel mit Wald bestanden, und das letzte Drittel besteht aus landwirtschaftlich genutzter Fläche («terres cultivées»), d.h. vor allem aus Wiesen und Weiden. Die Statistik der landwirtschaftlich genutzten Flächen («Surface Agricole Utilisée», abge-

* Adresse des Verfassers: Dr. PHILIPPE HUET, CEMAGREF, Dépt. Montagne et zones défavorisées, 2, rue de la papeterie, B.P 76, F-38402 St. Martin-d'Hères, Cedex (France)

kürzt SAU) zeigt dabei die überragende Bedeutung des alpinen «Grünlandes» («surface toujours en herbe») auf, das in den feuchten Nordalpen 75% und in den trockeneren Südalpen immerhin noch 60% umfasst. Wenn man dabei berücksichtigt, dass fast die Hälfte der klassifizierten «Ackerflächen» («terres labourables») dem Futterbau dient und ein wichtiger Teil der Getreideproduktion als Viehfutter verwendet wird, dann wird aus diesen Zahlen die absolute Dominanz der Viehwirtschaft in der gegenwärtigen alpinen Berglandwirtschaft sehr deutlich.

Während der primäre Sektor im Jahr 1975 noch 18% der aktiven Bevölkerung beschäftigte, ist dieser Wert heute auf 10% abgesunken, wobei man aber anfügen muss, dass die Zahl der Bergbauern in der Zeit zwischen 1980 und 1988 nur noch – je nach Alpenregion – zwischen 15% und 25% abgenommen hat. In dieser Beziehung schneiden die Alpen trotz ihrer Qualitätsproduktion nicht gut ab: Mehr als 45% der alpinen Bergbauern sind heute über 55 Jahre alt, und fast zwei Drittel von ihnen besitzen keinen Nachfolger, während nur weniger als 10% als «jung» (unter 35 Jahre) zu bezeichnen sind.

Der sekundäre Sektor (in den französischen Alpen durch Nutzung der Hydroenergie seit Ende des 19. Jahrhunderts stark ausgebaut) weist heute fast 40% der Beschäftigten auf und wurde in den letzten Jahren von Grund auf um- und neustrukturiert. Dadurch sank hier die Beschäftigtenzahl um 20%, was vor allem durch den Arbeitsplatzabbau in den Grossbetrieben (Rückgang von 28%) verursacht wurde.

Der tertiäre Sektor – und damit der Tourismus – ist der einzige Wirtschaftssektor, der sich vergrössert und neue Arbeitsplätze schafft; der Zuwachs betrug in den Jahren 1980–1988 mehr als 15%.

Grundsätzlich ist in dieser Zeit die Zahl der Beschäftigten in den französischen Alpen leicht angestiegen, wobei allerdings grosse räumliche Disparitäten festzustellen sind.

Eine spezifische *Berggebietspolitik* entwickelt sich in Frankreich ab 1860, also dem Jahr, in dem die ersten gesetzlichen Grundlagen für die staatliche Forstverwaltung zum Zweck der Wildbach- und Lawinenverbauung verabschiedet werden («restauration et conservation des terrains en montagne/RTM»). 1864 und 1882 wurden diese Gesetze erweitert und umfassten neben Lawinenverbauungen und Wildbachsanierungen auch flächenhafte Massnahmen wie Aufforstung und Almmeliorationen. Auf diese Weise wurden insgesamt etwa 500 000 ha saniert und ökologisch stabilisiert, 300 000 ha aufgeforstet, mehr als 1500 Wildbäche und Flüsse verbaut und 3000 Lawinenbahnen gesichert, wobei einige zehntausend Arbeiter beschäftigt wurden. Ab 1913 wurden die staatlichen (d.h. forstlichen) Sanierungsarbeiten im Almbereich den lokalen alpwirtschaftlichen Genossenschaften übertragen. Eine umfassende Darstellung dieser Sanierungsarbeiten hat der damalige Generalinspektor für Wasser und Wald (Inspecteur Général des Eaux et Forêts) im Landwirtschaftsministerium vorgelegt: M. P. Mougin: *La Restauration des Alpes*; Paris 1931, 584 S. (mit kartographischer Darstellung im Massstab 1:500 000).

Nach dem Zweiten Weltkrieg diversifizierte sich die staatliche Berggebietspolitik in vier verschiedene Bereiche, nämlich Umweltschutz, Tourismus, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung.

1. Umweltschutz: Die von der Forstverwaltung begonnene Landschaftsschutzpolitik wurde im Jahr 1960 mit der Schaffung der Nationalparks («Parcs Nationaux») qualitativ erheblich erweitert. Heute umfassen die vier Nationalparks, die alle im Berggebiet liegen – Vanoise (Alpes du Nord), Ecrins (Alpes du Nord), Mercantour (Alpes du Sud), Pyrénées Occidentales (Pyrenäen) – eine Fläche von mehr als 200 000 ha; hierbei müsste eigentlich auch noch der Cevennen-Park berücksichtigt werden. Diese Nationalparks bemühen sich, ihrer dreifachen Aufgabe als Naturkundeschule, als Schutzregion der Natur und als Experimentierfeld für ein «sanftes» bergbäuerliches Wirtschaften («une économie montagnarde douce») als Ausgleich zu den «harten» («lourdes») Touristenzentren an ihrer Peripherie gerecht zu werden.

Juristische Basis für diese Entwicklung ist das Gesetz vom 22.7.1960 über die Gründung der Nationalparks, das Dekret vom 24.10.1975 über die Schaffung von Regionalparks («parcs régionaux»), das bisher zu 15 regionalen Parks im Berggebiet geführt hat (u.a. im Queyras, im Vercors, im Haut-Languedoc, in den Vogesen, im Jura, in den Vulkanbergen der Auvergne und demnächst auch im Limousin) sowie das Gesetz vom 1.7.1957, modifiziert am 10.7.1976 über Naturschutz, das zu mehr als hundert Naturschutzgebieten («réserves naturelles») im Berggebiet geführt hat (alle Naturschutzgebiete der drei Kategorien sind auf der IGN-Kartenserie «série rouge» im Massstab 1:250 000 dargestellt).

2. Tourismus: Die touristische Entwicklung und vor allem die Wintersporterschliessung in Form grosser und neuer Skizentren in grosser Höhe wurde vom französischen Staat lange Zeit nur indirekt – in Form günstiger Rahmenbedingungen für diese spezifische Erschliessungsform – gefördert. Erst im Zeitraum 1960–1970, d.h. im vierten französischen Wirtschaftsplan, wurde der Staat auf diesem Sektor aktiv und entwickelte eine gezielte Entwicklungspolitik mit Eignungsuntersuchungen des gesamten französischen Skigebietspotentials, Aufstellung eines touristischen Ausbauplanes sowie der Bereitstellung öffentlicher Gelder. In diesem Rahmen entstanden etwa 15 Stationen der sogenannten «dritten Generation», auch «integrierte Stationen» wegen ihrer staatlich verordneten Gesamtkonzeption genannt.

3. Landwirtschaft: Im Landwirtschaftsbereich wurden nach anfänglichen Pilotprojekten ab 1970 verschiedene Massnahmen nicht mehr nur zur Verhinderung von Nutzungseinstellungen, sondern vor allem zum Ausgleich von Nutzungserschwerissen entwickelt, darunter als wichtigste die sogenannte «Indemnité Spéciale Montagne/ISM» (wörtlich: spezielle Berggebietsentschädigung), die heute 85 000 Bauern in den Berggebieten erhalten, darunter etwa 15 000 Bauern in den Alpen (der Grossteil dieser Förderung geht an das Zentralmassiv), und deren Gesamtsumme pro Jahr derzeit über 1 Mia. Francs beträgt. Hinzu kommen Steuererleichterungen, günstige Kreditangebote sowie erhöhte Direktzahlungen. Einer besonderen Erwähnung bedarf an dieser Stelle das Gesetz vom 3.1.1972, das die Bewirtschaftung der Almflächen mittels neuzugründenden genossenschaftlichen Strukturen zu gewährleisten sucht. Daraufhin entstanden 124 «associations foncières pastorales/AFP» mit mehr als 112 000 ha Weidefläche und

12 000 Grundeigentümern als Genossenschaftsmitgliedern sowie 343 «groupements pastoraux/GP» mit über 5000 Mitgliedern (die Bewirtschaftung soll durch gesetzlich vorgeschriebene Nutzungsverträge zwischen den AFP-Genossenschaften als «Anbieter» und den GP-Genossenschaften als «Nachfrager» gesichert werden; Louis Chabert hat die Erfahrungen mit diesem System in den Alpes du Nord beschrieben in: Innsbrucker Geographische Studien, Bd. 16/1988, S. 185–191).

4. Ländliche Entwicklung: Mit dem Programm der «*rénovation rurale*» (ländliche Erneuerung) wurden ab 1967 Ansätze für eine integrale Entwicklungskonzeption zu realisieren versucht, deren Ziel es war bzw. ist, die Gesamtheit der ländlichen Welt vermittels ausgewählter Schlüsselprojekte zu stärken und aufzuwerten; dafür werden derzeit – vor allem aus dem staatlichen «Fonds de Rénovation Rurale» – Beträge von 400 Mio. Francs pro Jahr ausgezahlt.

Aber erst seit dem Jahr 1975 wurde bewusst und systematisch an einer integralen Gesamtkonzeption für die Berggebietspolitik gearbeitet, die sowohl auf eine ausgeglichene Wirtschaftsstruktur («*une économie équilibrée*») als auch auf einen umfassenden Umweltschutz abzielt und die dabei die Besonderheiten der Bergregionen («*spécificité montagnarde*») berücksichtigt. Als erster Schritt entstand auf Veranlassung des damaligen Präsidenten Giscard d'Estaing die «*directive de protection et d'aménagement de la montagne*» (Richtlinie zum Schutz und zur Sanierung des Berggebietes) mit konkreten Bestimmungen für den Umweltschutz und die Berglandwirtschaft, und anschließend wurde die Berggebietsabgrenzung und -unterteilung in die einzelnen «Massive» entwickelt.

Im Laufe der Jahre entwickelte sich eine Übereinstimmung bei den gewählten Parlamentariern und den Verwaltungen im Berggebiet sowie bei den hauptberuflich mit Berggebietsproblemen befassten Personen, die Rahmenbedingungen für eine integrierte Entwicklungspolitik für das Berggebiet in Form eines nationalen Gesetzes zu fassen. Angesichts der Tatsache, dass eine gewisse «*décentralisation*» (Dezentralisierung der zentralistischen Strukturen) Frankreichs erst 1982 einsetzte, stellte dieses Vorgehen eine politische Premiere dar, und das am 9.1.1985 erlassene Gesetz, das sogenannte «*Loi Montagne*», ist das erste französische Gesetz, das sich nicht mehr auf das gesamte französische Territorium, sondern nur noch auf einen Teilbereich bezieht.

Dieses Berggesetz enthält vier verschiedene juristische Ebenen:

1. Nach einer Definition und Abgrenzung des Berggebietes werden die politischen Institutionen des Berggebietes festgelegt: die sogenannten «Comités de Massifs» als Vertretung der sieben Bergregionen bzw. -«massive» und der «Conseil National de la Montagne» als Vertretung des gesamten Berggebietes auf der nationalen Ebene. Beide Institutionen haben nur beratende Funktion und besitzen keine Entscheidungsbefugnisse, ihre Mitglieder werden vom Staat ernannt und der Vorsitzende ist jeweils ein Staatsvertreter (beim Conseil National de la Montagne der jeweilige französische Präsident). Über ihre allgemeine Aufgabe der Beratung bei allen Berggebietsproblemen haben die Comités de Massifs noch die besondere Aufgabe, bei der regionalen Tourismusedwicklung mitzuwirken.

2. In bezug auf die politische Gestaltung der örtlichen Ebene spricht sich das Gesetz für eine «Selbstverwaltung» («auto-développement») aus und überträgt den Gemeinden die Verantwortung über die lokale Entwicklungsplanung und -steuerung, vor allem im touristischen Bereich; zu diesem Zweck erhalten alle touristischen Akteure die Auflage, mit den jeweiligen Gemeinden, auf deren Gebiet sie Anlagen betreiben oder Investitionen planen, bewusst zusammenzuarbeiten.
3. Das Berggesetz überträgt dem Staat die Funktion der Gesamtkontrolle über die touristische Entwicklung, zumindest in den Bereichen technische Sicherheit und Umweltverträglichkeit, was aber im Rahmen der politischen Dezentralisierung Frankreichs von den Regionen («régions») ausgeführt wird. Dabei erhalten die Präfekten der einzelnen Regionen die Entscheidungsgewalt über touristische Neuerschliessungen und über Veränderungen bei den Rahmenbestimmungen für die einzelnen Berggebietsregionen.
4. Das Berggesetz schafft eigene Finanzmittel für das Berggebiet (Steuer für touristische Bahnen/Lifte, Gebühr für Langläufer, Fonds für Initiativen zur eigenständigen Regionalentwicklung u.a.).

Dieses Rahmengesetz wurde mittels mehr als 50 Ausführungsbestimmungen in die politische Realität umgesetzt. Seine inhaltliche Anwendung wurde dadurch erleichtert, dass im Rahmen des 9. und 10. nationalen Wirtschaftsplans (1985–1989 und 1990–1994) 2 Mia. Francs für die Berggebietsentwicklung zur Verfügung gestellt wurden.

2. Ausgewählte aktuelle Probleme in den französischen Alpen

Man kann behaupten, dass das Jahr 1985 mit dem «Berggesetz» ein zentrales Ergebnis und zugleich den Ausgangspunkt für die zukünftige Entwicklung unserer Berggebiete im nationalen und auch im internationalen Rahmen darstellt. Wo stehen wir dabei heute? Um diese Frage zu beantworten, möchte ich einige Schlüsselprobleme skizzieren, die zentrale Aspekte der gegenwärtigen Situation verdeutlichen.

1. Eine Ökonomie mit zwei Geschwindigkeiten (Une économie à deux vitesses): Man kann zwar allgemein eine leichte Bevölkerungszunahme in den französischen Berggebieten feststellen, aber die Gesamtzahlen verdecken starke regionale und lokale Disparitäten. Um diese deutlich zu machen, hat ein wissenschaftlicher Mitarbeiter des CEMAGREF Entwicklungsszenarien für die französischen Berggebiete für die Zeit 1981–1994 erarbeitet (François Veron: Perspectives d'évolution de la zone de montagne française 1981–1994, CEMAGREF-INERM, Grenoble 1986, 7 Bde., davon 6 für die einzelnen «massifs» und ein Syntheseband). Das erste Szenario schreibt dabei die gegenwärtige Entwicklung fort, das zweite und dritte Szenario geht von einer zurückhaltenden bzw. rigiden Berggebietspolitik (in bezug auf Milchquotenregelungen, Besteuerung der touristischen Angebote/Nachfrage, Wiederaufschwung des industriell-

len Sektors durch entsprechende Förderungen u.ä.) aus. Innerhalb des ersten Szenarios werden darüber hinaus die Auswirkungen einer schwachen und einer starken Urbanisierung auf das Berggebiet abgeschätzt.

Die Ergebnisse dieser beispielhaften Untersuchung, die von den gewählten Berggebietsvertretern stark beachtet wurden, sind folgende:

Die Bevölkerungsentwicklung verläuft nur im Rahmen des ersten Szenarios positiv, bei den beiden anderen dagegen negativ; dabei treten aber in allen Fällen starke regionale Disparitäten auf. So geht zum Beispiel bei Szenario 1 im Rahmen eines gesamtalpinen Bevölkerungswachstums die Bevölkerung in den Alpes de Haute-Provence und in den Alpes de la Drôme (südwestlich von Grenoble) weiterhin zurück. Im Rahmen des Bevölkerungsaufbaues lässt sich dabei ein «junges Berggebiet» (Alpes du Nord) und ein «überaltertes Berggebiet» (Teile der Alpes du Sud) unterscheiden, während die Migrationsbewegungen ein «attraktives Berggebiet» und ein «Berggebiet, das seine Substanz verliert» erkennen lassen. Die Ursachen für die Attraktivität sind dabei vor allem die Existenz von aktiven Persönlichkeiten, die Nähe zu Zonen mit stark ausgeprägter Urbanisation sowie besondere naturräumliche oder klimatische Gunstregionen.

Im Rahmen der Wirtschaftsentwicklung stellt die zukünftige weitere Ausweitung des tertiären Sektors die grösste Veränderung dar: Die Berglandwirtschaft steckt in der Krise, und die hier Beschäftigten werden bis 1994 um ein Viertel bis ein Drittel zurückgehen. Der Rückgang der touristischen Wachstumsraten, der übrigens von Region zu Region unterschiedlich verläuft, scheint sich im nächsten Jahrzehnt eher noch zu verstärken, vor allem aufgrund der abnehmenden Binnennachfrage im Wintertourismus.

Aber trotz dieser allgemeinen Tendenz gibt es eine Reihe von Regionen, die starke Entwicklungsimpulse aufweisen und die darüber hinaus zahlreiche Aktivitäten auf sich zu konzentrieren versuchen: Der aktuellste und spektakulärste Fall ist gegenwärtig das Département Savoyen als Austragungsort (besser: -region) der Olympischen Winter Spiele im Jahr 1992, was unzählige unterschiedliche Entwicklungsimpulse zur Folge hat. So gibt es beispielsweise im Bereich der ländlichen Infrastruktur und der Landwirtschaft aus Anlass der Olympiade spezielle Entwicklungsprogramme der öffentlichen Hand, die von ökologischen Sanierungsarbeiten (als Naturkatastrophen-Prävention) über Aufwertungsmassnahmen der traditionellen Landwirtschaft (bessere Kommunikationsmöglichkeiten der Bergbauern untereinander) hin zu gezielten Modernisierungen (Produktionsverbesserungen im Bereich der Milchwirtschaft, Schaffung und Vermarktung von Qualitätsprodukten der Marke «Savoie») reichen. Dabei nutzt die Strategie der Förderung innovativer Unternehmer/Landwirte sowie diejenige der systematischen Untersuchung der aktuellen Situation und ihrer Probleme die vorhandenen endogenen Potentiale gut, die bereits durch eine sorgfältige Ausbildung verbessert wurden.

Leider gibt es keine vergleichbaren Aktivitäten in zahlreichen Regionen der Alpes du Sud, in denen man bloss einen allgemeinen Rückgang jeglichen Engagements beklagt, ohne dass klare Lösungsstrategien dagegen entwickelt würden. Dafür nur ein exempla-

risches Beispiel, nämlich die Reaktion auf den Abzug von Militäreinheiten aus den Alpen: Während die Verlegung einer Hubschrauber-Ausbildungseinheit aus Le-Bourget-du-Lac (10 km nördlich von Chambéry) innerhalb weniger Jahre zur Umnutzung des ehemaligen Militärgeländes als Technologiepark für innovative Unternehmer und als Standort für die Universität Savoyen führte, bedeutete der Abzug eines Bataillons der Alpenjäger aus Barcelonnette (Alpes du Sud, 150 km nordöstlich von Marseille) in dieser strukturschwachen Region den nicht zu verkraftenden Verlust von 600 jungen Menschen und 300 Familien; weil man glaubte, dass für die freiwerdenden Flächen keine neue Nutzung gefunden werden könnte, wurde das Verteidigungsministerium gebeten, hier eine andere Militäreinheit zu stationieren. Während wir im ersten Fall eine Investitionsspirale vorfinden, die sich durch freiwerdende Flächen in günstiger Lage noch erheblich beschleunigt, wird im zweiten Fall durch das gleiche Phänomen nur der Niedergang beschleunigt. Dies sind derzeit die beiden Realitäten in den französischen Alpen, die die aktuelle Situation prägen.

2. Gibt es Lösungsstrategien für die strukturschwachen Regionen? Die Ursachen dieser Strukturschwäche liegen in der grossen Entfernung dieser Gebiete von den wichtigen Kommunikationsrouten und den urbanen Zentren sowie in der Schwierigkeit der Nutzung der naturräumlichen Ressourcen (d.h. schlechte Voraussetzungen für Landwirtschaft und Tourismus), so dass es heute kaum möglich ist, geeignete Lösungen zur Überwindung dieser Strukturschwäche zu finden. Selbst die Politik der «*rénovation rurale*» und die jüngsten Programme zur integralen räumlichen Entwicklungsplanung sind hier gescheitert.

Vor 15 Jahren lag das Schwergewicht der staatlichen Berggebietspolitik in diesen Regionen darauf, die öffentliche Infrastruktur (Strassen und Wege, Trinkwasserversorgung, Gesundheitswesen, Elektrifizierung usw.) sowie die landwirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Flurbereinigung, Bewässerungsanlagen usw.) zu verbessern. Damit handelte es sich aber mehr um Aktivitäten zur «Begleitung» des Rückzuges, die einen kontinuierlichen Rückgang ohne plötzliche dramatische Zusammenbrüche ermöglichten, als um echte Wiederbelebungs- und Aufwertungsprogramme. Dies gilt in besonderem Masse für den besonders strukturschwachen Bereich der «*moyenne montagne*», also das mittlere Höhenstockwerk im Alpenraum, wo (tief gelegene) landwirtschaftliche Gunsträume und (hoch gelegene) touristische Gunsträume fehlen. (Die Analyse der «*moyenne montagne*» nimmt in der jüngeren wissenschaftlichen Diskussion in Frankreich einen wichtigen Stellenwert ein, siehe dazu: H. Gumuchian: *Images et partage de l'espace – le succès de la «moyenne montagne»*; in: RGA 72/1984, S. 265–271). Die heutigen Massnahmen konzentrieren sich vor allem auf die Lösung der folgenden Problemkreise:

- Wie sehen günstige Bedingungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze (vor allem im Bereich Kleinunternehmer und im Tourismus) aus?
- Wie können die Probleme der landwirtschaftlichen Betriebsnachfolge gelöst werden? Stellen Mehrfacheinkommen eine Lösung dar?

- «désenclavement»: Wie können die marginalen und peripheren Räume an die allgemeine Entwicklung angebunden werden?
- Welches sind die erforderlichen öffentlichen und privaten Dienstleistungen und wie muss ihre Erreichbarkeit/räumliche Verteilung aussehen?
- Wie müsste eine aktivitätsfördernde Landnutzung und -pflege und ein entsprechendes kulturelles Leben im ländlichen Raum aussehen?

Aber nicht wenige Menschen glauben, dass diese integral konzipierten Programme – so angemessen sie auch seien – zu schwerfällig seien und dass ihre Durchsetzung sogar kontraproduktive Auswirkungen zur Folge hätte.

Die Wissenschaftler – vor allem im Rahmen des CEMAGREF – sind derzeit damit beschäftigt, aus der Norm fallende Arbeitsplätze (Mehrfacheinkommen, Funktionsteilungen und -durchmischungen) zu untersuchen und effektive Möglichkeiten zu ihrer Förderung zu erarbeiten. Diese strukturschwachen Alpenregionen umfassen derzeit vor allem die Drôme-Alpen, die Alpes de Haute-Provence und die Seealpen (das «Hinterland» des Départements Alpes Maritimes). Hier stellt sich die Frage, die auch anderswo – zum Beispiel im Bericht «Die Zukunft des ländlichen Raumes» des Europarates – diskutiert wird: Besitzen die heutigen strukturschwachen Regionen auch in Zukunft keine andere Bedeutung als marginal zu sein?

3. *Die Probleme der touristischen Entwicklung* sind derzeit die folgenden:

- Die derzeit etwa 1 Mio. Gästebetten in den französischen Alpen, die im Sommer und Winter zur Verfügung stehen, entsprechen in etwa dem Angebot unserer alpinen Nachbarn – Schweiz (1,15 Mio. Betten) und Österreich (1,25 Mio. Betten) –, aber die Struktur ist völlig verschieden, weil bei uns die «résidence secondaire» (vermietete Eigentumswohnungen im Alpenraum meist in grossen Touristenzentren, im Besitz von Personen/Gesellschaften aus den grossen Agglomerationen) mehr als die Hälfte des Bettenangebotes umfasst; dabei kann man gerade in der jüngsten Zeit – d.h. parallel zum Rückgang der touristischen Wachstumsraten – ein spürbares, fast schon spektakuläres Wachstum beim Bettenausbau und bei der touristischen Infrastruktur feststellen, das unsere Nachbarn so nicht kennen.
- In der Nachkriegszeit ist die touristische Nachfrage – vor allem für den Wintersport – sehr stark angestiegen, und Frankreich ist derjenige Staat in Europa, der die höchste Wintersportquote der Bevölkerung aufweist (10% der Bevölkerung im Jahr 1984, derzeit 8,8%); sie hat sich innerhalb von zwanzig Jahren verfünf- bis versechsfacht, und derzeit stellt die französische Binnenmarktnachfrage das grösste Wintersportnachfragepotential in ganz Europa dar.

Das Problem besteht aber darin, dass das Maximum der Wintersportnachfrage aus dem Jahr 1984 stammt, dass seitdem die Nachfrage leicht zurückgegangen ist und auf diesem Niveau stagniert und dass für die Zukunft weitere Rückgänge nicht auszuschliessen sind. Daher wird es notwendig werden, den auf hohes Wachstum orientierten Touris-

mus- und Bausektor zu bremsen und ihn an die neuen Erfordernisse und Rahmenbedingungen anzupassen.

Angesichts des Schneemangels in der jüngsten Zeit scheint sich die öffentliche Hand für eine grundsätzliche Überprüfung der Nachfragesituation, der Struktur des touristischen Angebotes und seiner Vermarktung engagieren zu wollen. Aber wird dies zu einer Verringerung der vor allem durch den Immobilienmarkt bedingten touristischen Wachstumsdynamik führen? Im Rahmen der Dezentralisation Frankreichs, die heute unsere politische Realität bestimmt, stellt es ein zusätzliches Problem dar, dass die grossen Hoch- und Tiefbauunternehmungen über Mehrheitsbeteiligungen an der Entwicklung der touristischen Stationen beteiligt sind. Die Frage nach den Konsequenzen daraus bleibt offen.

Aber erwächst daraus nicht eine nochmalige Verstärkung des Gedankens des Berggebietes mit zwei Geschwindigkeiten? Die grossen Höhenwintersportstationen, die übrigens mehr und mehr auf einem internationalen, ja sogar weltweiten Markt operieren, dürften wahrscheinlich aufgrund ihrer Lage, Schneesicherheit und ihrer bestehenden Infrastruktur noch am ehesten ein neues Gleichgewicht zwischen den Interessen der Immobilienbranche, denen der Skiläufer und denen des Erholungsaufenthaltes finden können, vorausgesetzt die Solidarität zwischen den verschiedenen Eigentümergruppen funktioniert auch weiterhin zufriedenstellend, so wie offenbar in den anderen Alpenstaaten auch. Aber diese grossen Stationen stellen nur einen Drittel des französischen Angebotes dar und befriedigen nur 40% der Winter- und 5% der Sommernachfrage. Und was geschieht mit den übrigen 70% des Angebotes, das sich in Klein- und Mittelstationen findet, das zu 60% von der Binnennachfrage und vor allem vom Sommertourismus lebt bzw. das französische Sommerangebot darstellt? Können diese kleinen Gemeinden den drohenden Nachfragerückgang durch eine Ausrichtung auf den internationalen Markt ausgleichen, oder wird es hier zu schweren Strukturkrisen kommen?

Um all diese Probleme zu lösen, braucht es für unser Land einen gewaltigen ökonomischen, sozialen und konzeptionellen Einsatz. Zugleich zeigt sich hier noch einmal die grosse Schwierigkeit, angemessene Problemlösungsstrategien für die strukturschwachen Regionen zu entwickeln, denn einige von ihnen haben mit dem Mut der Verzweiflung und sehr hohen Kosten eine Wintersportinfrastruktur aufgebaut, die unter den heutigen Bedingungen praktisch nicht mehr zu retten ist.

4. Die beiden gemeinsamen Probleme der Aktiv- und der strukturschwachen Regionen bestehen in folgenden Punkten: Das eine Problem ist ein ziemlich Frankreich-spezifisches Problem, nämlich dasjenige der Zusammenarbeit der einzelnen Gemeinden untereinander (es gibt ja bei uns 36 000 Gemeinden, d.h. soviel wie in der gesamten restlichen EG). Im Durchschnitt zählt eine französische Gemeinde 1500 Einwohner, im Berggebiet sind es weniger als 650, und es gibt nicht wenige Fälle, in denen eine Berggemeinde aus weniger als 300 Einwohnern besteht, dabei aber bei allen grösseren Projekten in heftiger Konkurrenz mit den benachbarten Kleingemeinden steht, so dass die anstehenden kommunalen Aufgaben auf keine befriedigende Weise gelöst werden können. Das neue «Berggesetz» hat die Notwendigkeit formuliert, neue kommunitäre

«Interessengemeinschaften» («communautés d'intérêts entre collectivités montagnardes») zur Lösung der verschiedenen Aufgaben zu entwickeln. Aber man muss noch weiter gehen – und konkrete Arbeiten in diese Richtung sind bereits im Gang, u.a. von Seiten der ANEM («Association Nationale des Elus de la Montagne» – nationale Vereinigung aller gewählter Politiker im Berggebiet, organisiert auf drei Ebenen: Gemeinde, Département, Région) – und eine wirkliche «communauté rurale» (also eine «ländliche Gemeinschaft», die für *alle* Fragen zuständig ist, nicht bloss sektoral strukturiert ist) von ausreichender Grösse zu schaffen, die zwei Institutionen in sich vereinigt, nämlich die der politischen Entscheidungsgewalt und die eines Wirtschafts- und Sozialrates. Die Entwicklung einer solchen Struktur, die unsere alpinen Nachbarn schon seit längerer Zeit geschaffen haben (die «comunità montana» in Italien und die «Investitionshilferegion/IHG-Region» in der Schweiz), dürfte durch die Dezentralisierung Frankreichs und das damit verbundene geschärfte Bewusstsein der regionalen Dimension erleichtert werden.

Das zweite Problem betrifft die Gestaltung des Raumes bzw. der Landschaft: Ich möchte hierbei das Gewicht weder auf die übererschlossenen, übernutzten und degradierten Räume legen, die zu restaurieren wären, noch auf die besonders geschützten Regionen (nationale und regionale Parks und Naturschutzgebiete), sondern auf diejenigen Räume, deren Nutzung allmählich zusammenbricht und aus denen sich der Mensch immer stärker zurückzieht («l'espaces en voie d'abandon»); sie finden sich grossflächig in den strukturschwachen Alpenregionen und kleinflächig im Umkreis der grossen Wintersportstationen. Im Rahmen der genannten Szenarien gehen zwei dieser Szenarien von einem weiteren Rückgang der landwirtschaftlich genutzten Fläche in einer Grössenordnung von 15–20% aus, was aber nur stellenweise zur Vergrösserung der Waldfläche führen dürfte, so dass das Brachland noch weiter stark zunehmen wird.

Ist es nicht sehr bezeichnend für die gegenwärtige Situation, dass ein so hoch entwickeltes Département wie Savoyen es für notwendig hält, ein besonderes Programm «Paysages ruraux et développement des friches» (Ländlicher Raum und Brachlandentwicklung) zu entwickeln? Die traditionellen Gleichgewichte dieser Region – wie beispielsweise das Zusammenspiel zwischen den grossen Industriebetrieben in den Talböden der Alpentäler und den Arbeiter-Bauern der benachbarten Bergänge – sind heute längst zusammengebrochen, und man sieht das vorrückende Brachland selbst in unmittelbarer Nähe der inneralpinen Siedlungszentren. Daher ist es zentral wichtig, Überlegungen für eine Wiedernutzung dieser Flächen anzustellen, also zu fragen: Wer könnte diese Aufgaben mit welchen Techniken und mit welchen Nutzungszielen übernehmen und wie könnte dies finanziert werden?

In einigen Départements – zum Beispiel Alpes de Haute-Provence – wachsen diese Brachflächen besonders schnell, aber es liegt auf der Hand, dass eine Problemlösung sehr unterschiedlich ausfallen muss, je nachdem, ob diese Brachflächen in reichen Départements oder Regionen liegen, wo die Möglichkeiten eines innerdepartementalen Lasten- oder Finanzausgleichs bestehen, oder ob sie in strukturschwachen Regionen liegen, die dafür keine Mittel besitzen. In beiden Fällen besteht aber – angesichts des vorangeschrittenen Zusammenbruchs der traditionellen Berglandwirtschaft – das zen-

trale Problem darin, geeignete Personen für die erneute Bewirtschaftung dieser Räume zu finden.

Dieses Problem hat inzwischen eine solche Bedeutung erlangt, dass es im Frühjahr 1990 Gegenstand eines von der «Euromontana» unterstützten Kongresses in Grenoble anlässlich des Salon International de l'Aménagement des Montagnes/S.A.M. geworden ist.

3. Europäische Perspektiven

Die jüngste europäische Entwicklung hat die französischen Berggebietsverantwortlichen dazu geführt, zwei Fragenkomplexe vordringlich zu behandeln:

- Welche spezifische Stellung sollen die Berggebiete im Rahmen der EG-Politik einnehmen und welche Rolle sollen sie dabei spielen?
- Welche Konsequenzen soll der EG-Binnenmarkt für die spezifischen ökonomischen Aktivitäten der Berggebiete (Berglandwirtschaft, Tourismus, Hydroindustrie) und für den Bodenmarkt vor allem in den Grenzgebirgsräumen haben?

Ausgehend von Überlegungen einer Expertengruppe beim «Conseil National de la Montagne» (Nationaler Berggebietsrat) sollen hier zwei unterschiedliche Lösungsstrategien vorgestellt werden:

Die erste Strategie geht davon aus, dass in Zukunft im Rahmen der EG-Politik das Berggebiet als solches nicht mehr berücksichtigt werden wird (so wie es sich bereits in Texten aus dem Jahr 1975 andeutet): Die spezifischen Gesetze und Entwicklungsprogramme für das Berggebiet seit 1975 zielen vor allem auf die Förderung der Landwirtschaft ab; im Laufe der Zeit hat man dann in Frankreich das Schwergewicht immer mehr auf die ökonomisch benachteiligten Gebiete («territoire économiquement défavorisé») gelegt, die im Verhältnis zum eigentlichen Berggebiet (mit einer klaren Definition auf physisch-geographischer Basis) mehr und mehr ausgeweitet wurden. Aber heute – d.h. nach der Reform der EG-Strukturfonds im Jahr 1980 (Schaffung von drei Fonds: Regional-, Sozial- und Agrarstruktur) – beziehen sich die Programme zur ländlichen Entwicklungsförderung vor allem auf die «zones en déclin» bzw. «zones en retard de développement» (Niedergangsgebiete bzw. Gebiete mit einem Entwicklungsrückstand), wobei es keine Rolle spielt, ob sie im Berggebiet liegen oder nicht. Im landwirtschaftspolitischen Rahmen ist das Berggebiet – mit etwa 20% der nationalen Fläche – damit völlig in die ökonomisch benachteiligten Gebiete (die etwa 50% der nationalen Fläche ausmachen) integriert, während es im Rahmen der «ländlichen Entwicklung» zum erheblichen Teil in die EG-Programme «Ziel 5 b» (EG-Begriff für Mittel zur Entwicklung des ländlichen Raumes, die aus den drei Strukturfonds stammen; da Frankreich kaum EG-Mittel aus «Ziel 1», der Förderung benachteiligter Gebiete, erhält, wurde das Programm «Ziel 5 b» speziell auf Frankreich zugeschnitten) einbezogen ist, die 33% der nationalen Fläche umfassen. Diese allmähliche Verschie-

bung des Schwergewichts vom Berggebiet hin zu den benachteiligten Gebieten (im weiteren Sinne) wurde übrigens bereits im Jahr 1985 mit der EG-Direktive Nr. 787/85 (Reform der sozio-strukturellen Förderungsmaßnahmen) begonnen.

Wir können also eine «banalisation», eine Art Trivialisierung des Konzeptes «Berggebietsförderung» feststellen, weil das eigentliche Berggebiet im Rahmen der Förderungspolitik nur noch teilweise berücksichtigt wird und weil die «Vorteile» (Fördermittel), die es zum Ausgleich seiner naturräumlichen Nachteile erhält, auf eine immer grössere Fläche ausgeweitet werden.

Wenn man sich eine Karte mit der räumlichen Verteilung der Berggebiete in Europa ansieht, dann wird schnell klar – und diese Position wird von einer Reihe von hochrangigen Politikern in ganz Europa vertreten –, dass es eigentlich gar keine spezifische EG-Berggebietspolitik geben kann, weil diese nur einige EG-Länder betrifft und weil die eigentlichen «Gebirgsstaaten» in Europa gar nicht Mitglied der EG sind. Die Berggebietspolitik muss daher im Rahmen der EG in erster Linie auf nationaler Ebene erarbeitet und gestaltet werden und kann darüber hinaus dann bilaterale, vielleicht sogar auch multilaterale Strukturen entwickeln, die aber im EG-Rahmen nie eine Priorität erhalten können. Anstelle einer Berggebietspolitik kann die EG – als gemeinsame Politik der 12 Mitgliedsstaaten – daher nur eine allgemeine Entwicklungspolitik für sämtliche benachteiligten Gebiete («zones défavorisées») durchführen.

Es gibt im Rahmen der jüngsten europäischen Entwicklung dazu zwar einige Gegentendenzen wie beispielsweise die Deklaration des vom Europarat organisierten Kongresses von Trient im Jahr 1988, den Beschluss des EG-Wirtschafts- und -Sozialausschusses aus dem Jahr 1988 (siehe den Beitrag von Edoardo Martinengo) oder den Beschluss des Europa-Parlamentes von 1987, die sich alle für eine europäische Berggebiets- bzw. Alpenpolitik aussprechen, aber sie stellen doch eine spürbare Minderheitsposition dar, die sich in der EG noch nicht durchgesetzt hat.

Die zweite Lösungsstrategie besteht darin, entgegen der herrschenden EG-Strömung doch eine spezifische Berggebiets- bzw. Alpenpolitik auf europäischer Ebene zu entwickeln, und ich sehe einige wichtige Entwicklungen, die in diese Richtung gehen. So haben zum Beispiel die Verantwortlichen der Région Rhône-Alpes (die ausser den französischen Nordalpen grosse Teile des Rhonetales mit der Hauptstadt Lyon sowie Berggebiete im Zentralmassiv umfasst) auf Veranlassung der gewählten Regionsvertreter und der vom Staat bestimmten Regionsvertreter Ende 1988 einen Bericht «Prospective 2000 pour la Région» erarbeitet, der der geographischen Lage der Region im Rahmen eines «Europe médiane alpine» (wörtlich eigentlich: «alpinen Mitteleuropa», da der Begriff «Mittel-» in Verbindung mit Europa im deutschsprachigen Raum eine spezifische Bedeutung besitzt, soll hier auf eine Übersetzung verzichtet werden) einen zentralen Stellenwert einräumt: Die Region Rhône-Alpes, die zwischen dem «Europe des capitales au Nord» (das Europa der Wirtschaftsagglomerationen im Norden), dem «Europe des rivages à l'Ouest» (das Europa der Küsten im Westen), dem «Europe des rivages au Sud» (das Europa der Küsten im Süden) und dem «Europe des rivages de l'Est» (das Europa der Küsten im Osten) liege, scheine sich über die Alpenketten hinweg im Rahmen eines «Europe médiane alpine», also eines «Europa der Pässe und Tunnel»

(«Europe des Cols et Tunnels»), neu zu strukturieren. Dabei stellen die beiden Achsen der gegenwärtigen urbanen Entwicklung – die Achse Genf–Mt-Blanc-Tunnel im Norden und die Achse Grenoble/Chambéry–Fréjus-Tunnel/Mt-Cenis-Pass im Süden – die Leitlinien der zukünftigen Entwicklung dar, und sie werden in Zukunft noch eine erhebliche zusätzliche ökonomische Aufwertung erfahren, so dass die Region Rhône-Alpes sich bewusst auf diesen Rahmen hin ausrichten müsse. In dem genannten Bericht folgen dann eine Reihe von konkreten Vorschlägen wie beispielsweise eine enge Zusammenarbeit mit Genf, die Erarbeitung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Verkehrspolitik in den gesamten Westalpen, vor allem zusammen mit der Schweiz und Piemont, der Ausbau der internationalen Eisenbahnverbindungen (Direktverbindungen zwischen Lyon, Turin und Genf vermittelt eines Mt-Blanc- und eines Montgenèvre-Tunnels), die Entwicklung eines grenzüberschreitenden Kulturprojektes für die frankophon Gebiete des «Europe médiane alpine» und ähnliches, die alle deutlich machen, welche Bedeutung die «alpinen Wurzeln» für die zukünftige Entwicklung der Région Rhône-Alpes besitzen.

Ein weiteres Beispiel für die wachsende Bedeutung der «europäisch-alpinen» Dimension in Frankreich findet sich im touristischen Sektor: Im Rahmen wachsender Konkurrenzen im internationalen Fremdenverkehrsmarkt sind die Alpen einem immer stärkeren Konkurrenzdruck von seiten aussereuropäischer Gebirgsregionen und ausseralpiner Regionen in Europa ausgesetzt, was eine verstärkte Zusammenarbeit aller Anbieter im Alpenraum erforderlich macht. Auf diesem Hintergrund hat man im Jahr 1986/87 in Frankreich eine umfangreiche Studie über den alpinen Wintersportmarkt durchgeführt, die die Entwicklung der französischen Skistationen im Rahmen der gesamteuropäischen Winternachfrage untersucht hat; daraus ist einerseits eine genaue Kenntnis der derzeitigen Konkurrenzsituation im alpinen Wintersport erwachsen, aber andererseits sind dabei auch potentielle alpenweite touristische Ergänzungen und Komplementaritäten deutlich geworden. Dies hat dazu geführt, dass das Interesse an gemeinsamen alpenweiten Tourismusstrategien nicht nur in Frankreich steigt – u.a. beschleunigt durch das «Schlüsseldatum» 1992 (EG-Binnenmarkt plus Olympische Winterspiele in Albertville) – und dass möglicherweise noch im Jahr 1990 ein «Comité européen des Stations d'Hiver» gegründet wird. (Zu ergänzen wäre hier, dass es bereits seit 1989 eine alpenweite internationale «Alpine Tourist Commission» gibt, vermittelt derer die Alpenländer gemeinsam in Übersee werben; der Werbeslogan für die USA lautet dabei nicht unzutreffend «United States of the Alps».)

Die Alpen als «Durchgangs- und Begegnungsraum» («terre de rencontre, voie de passage») beinhalten auf der europäischen Ebene drei zentrale Problemfelder:

1. Die Transitproblematik, die allerdings in den französischen Alpen kaum existiert, vielleicht weil die grossen Transitrouten (Mt-Blanc-Tunnel und Fréjus-Tunnel – es existiert im Gegensatz zu Österreich und der Schweiz keine durchgehende Autobahnverbindung) erst neueren Datums sind; allerdings geht es auch hier darum, den Schienentransitverkehr stärker zu entwickeln.

2. Die Probleme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die derzeit eine neue Aktualität erhalten, und zwar nicht nur aufgrund des EG-Binnenmarktes, sondern mehr noch wegen der neuen (alten) Bedeutung der Alpen als europäischer Transit- und Begegnungsraum (siehe dazu z.B. das Kolloquium «Effet Frontière» in Saint-Vincent/Aosta im Jahr 1988).
3. Die Probleme der regelmässigen Verständigung und Zusammenarbeit zwischen den Vertretern der Berggebiete auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene, zum Beispiel im Rahmen des Europaparlaments oder innerhalb nationaler Strukturen.

Ein weiteres Beispiel einer gemeinsamen europäischen Alpenpolitik stellt der Vorschlag der «Internationalen Alpenschutzkommission CIPRA» für eine «Alpen-Konvention» dar, der inzwischen von der Umweltministerkonferenz der Alpenstaaten im Oktober 1989 in Berchtesgaden aufgenommen worden ist. Frankreich arbeitet selbstverständlich daran mit, vor allem in den Bereichen Tourismus und Berggebietssanierung. Und das gemeinsame italienisch-französische Projekt eines internationalen Mt-Blanc-Nationalparks ist in diesem Zusammenhang ebenfalls zu erwähnen.

Zum Schluss möchte ich noch kurz auf die Alpen als europäischen Innovationsraum hinweisen: Neben dem von Grenoble aus initiierten «Réseau Monde Alpin» («wissenschaftliches Alpen-Netzwerk»), das derzeit die Themen «Sättigungsprobleme in Touristenzentren» (siehe dazu Elsasser/Frösch/Finsterle in DISP 100/1990) und «alpine Hydrologie» bearbeitet und sich darüber hinaus um eine alpenweite Datenbank mit einschlägiger Literatur bemüht (RESALP), wäre dann vor allem das «Internationale Zentrum für alpinen Umweltschutz» in Chambéry/Savoyen zu nennen; der CEMAGREF arbeitet selbstverständlich mit allen diesen alpenweit orientierten Institutionen zusammen.

Diese Entwicklung hin zu einer gemeinsamen europäischen Politik für den gesamten Alpenraum scheint zwar immer stärker zu werden; allerdings geht es heute darum, ein entsprechendes europäisches Instrumentarium zu entwickeln, das aber erst noch gegen den Widerstand der EG-Mehrheitsposition durchgesetzt werden muss.

(Übersetzung aus dem Französischen: Werner Bätzing)